



für ver.di Aktive im Saarland

Ausgabe 06/25 (Nr.34) am 03.03.25

Unterstützt die Kolleginnen der Krankenhäuser

Tarife werden nicht gewählt

Trotz Wahlkampf hat im Januar die Tarifauseinandersetzung im Öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes begonnen. Aber so recht wollen die „Arbeitgeber“ nicht und so ruft ver.di die Beschäftigten der Krankenhäuser ab 6.3 ab Beginn der frühesten Frühschicht bis 7.3. bis zum Ende der beginnenden Nachtschicht in den Streik, denn über Lohn entscheidet nicht das Parlament oder die Regierung, sondern unser Kampf. Am Donnerstag, 6. März 25, ab 10:30 Uhr beginnt eine Kundgebung in Saarbrücken vor dem Theater auf dem Tbilisser Platz. Der Ortsverein ver.di-Saar erklärt sich solidarisch und ist dabei. Komm Du auch.

„Die Arbeitgeber verweigern ein Angebot. Weder zum Thema Entgelterhöhung noch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zu Entlastungen gibt es irgendwelche Zugeständnisse. Damit verspielen Bund und Kommunen die Chance auf eine schnelle Einigung,“ so unser Vorsitzender nach der Verhandlung am 18.2. in Potsdam.

Am 6. und 7. März streiken die Beschäftigten der Krankenhäuser, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, denn die Arbeitgeber mauern komplett. Eine Verständigung ist derzeit nicht in Sicht. In einer Zeit, in der hunderttausende von Stellen im öffentlichen Dienst nicht besetzt und mindestens 70 Millionen Stunden auf Arbeitszeitkonten aufgestaut sind und viele Beschäftigte oberhalb der Belastungsgrenze arbeiten, ist das ein Ausdruck mangelnden Respekts der öffentlichen Arbeitgeber gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen.

In der aktuellen Tarifrunde von Bund und Kommunen fordert ver.di ein Volumen von acht Prozent, mindestens jedoch 350 Euro mehr monatlich für Entgelterhöhungen sowie höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten. Darüber hinaus sollen die Aus-



Warum müssen wir immer im Winter auf die Straße? Ob das Wetter besser als vor 2 Jahren wird?

bildungsvergütungen und Praktikantenentgelte um 200 Euro monatlich angehoben werden. Um der hohen Verdichtung der Arbeit entgegenzuwirken, verlangt ver.di zudem drei zusätzliche freie Tage. Ein „Meine-Zeit-Konto“ soll den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und Flexibilität bieten. Die Tarifverhandlungen werden vom 14.-16. März in Potsdam fortgesetzt. Was rauskommt, das entscheidet unsere Kraft. Die Kolleginnen und Kollegen brauchen unsere Unterstützung. Kommt vor das Theater und seid Teil des Schauspiels.

Aufgaben der Gewerkschaften nach der Bundestagswahl:

Christian Umlauf referiert am 20. März

Der neue Bezirksgeschäftsführer der Region Saar Trier Christian Umlauf wird am 20. März um 18 Uhr unser Gast sein. Er wird eine Einschätzung der Bundestagswahl aus ver.di-Sicht vornehmen und über zukünftige Aufgaben sprechen. Unser Kollege Michael Quetting meldet sich im Vorfeld des Abends ebenfalls zu Wort und versucht, die Wahlen einzuordnen und Schlussfolgerungen zu ziehen. Lasst uns am 20. März solidarisch diskutieren.

Gewählt ist. Die Rechten haben gewonnen. Die Ampel wurde abgewählt. Die CDU wird den Bundeskanzler stellen. Die AFD hat den größten Zugewinn zu verzeichnen. Die SPD war noch nie so schlecht. Enttäuschung bei den Grünen, Freude bei der Partei DIE LINKE, waren sie doch totgesagt und haben nun fast neun Prozent. Die FDP hat es nicht gepackt und knapp ist auch das BSW an der undemokratischen 5%-Hürde gescheitert. Im Saarland hatten 13 Parteien und Wählergruppen ihre Kandidaten auf Landeslisten ins Rennen geschickt.

Die Wahlbeteiligung lag bei 82,4 Prozent. Allerdings wurden die Parteien der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“, also CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP zusammen von nicht einmal 50 % der Wahlberechtigten gewählt. Diese Parteien regieren seit Jahren in unterschiedlicher Zusammensetzung, die Politik scheint sich allerdings kaum zu ändern. Die andere Hälfte der Bevölkerung fühlt sich immer mehr von dem politischen System nicht mehr vertreten. Das muss zu denken geben. Und selbst die vermutliche CDU/SPD-Regierung wird nur auf 44,93 % der abgegebenen Stimmen kommen.

Unser ver.di-Vorsitzender Frank Werneke meinte nach der Wahl: „Nach einem zugespitzten Wahlkampf, der sich fast ausschließlich um Migration gedreht hat, steht eine neue Bundesregierung vor gigantischen Herausforderungen. Sie muss Gräben

schließen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken und sie muss vor allem die für Millionen Bürgerinnen und Bürger lebenswichtigen Themen wieder auf die Tagesordnung setzen. Dazu gehören die Stärkung des Sozialstaats, die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen samt mehr Investitionen und eine überfällige Reform der Schuldenbremse. Deutschland muss zukunftsfest gemacht werden! Ein solider Sozialstaat steht für Vertrauen und Verlässlichkeit und ist das beste Bollwerk gegen Extremismus.“

Die Anforderungen von ver.di an eine neue Bundesregierung sind klar, so unser Vorsitzender: „Wir brauchen eine nachhaltige Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent, es darf keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters geben. Die Gesetzliche Krankenversicherung darf nicht länger für gesamtstaatliche Aufgaben wie etwa die Krankenhausreform geplündert werden; sie muss bei gleichbleibenden Leistungen für die Menschen bezahlbar bleiben. Das gilt vor allem auch für die Pflegeversicherung, die eine grundlegende Reform ihrer Finanzierung benötigt und auf eine breitere Basis gestellt werden muss.“ All das klingt ein wenig nach „wünsch Dir was“, was allerdings angesichts der von Merz angekündigten Angriffe auf den Sozialstaat irgendwie sehr optimistisch, um nicht illusionär zu sagen, erscheint.



Die Bundestagswahl hat bei den Regierungsoptionen für eine gewisse Eindeutigkeit gesorgt: Nur „schwarzrot“ ist eine plausible Variante, da alle Parteien eine Zusammenarbeit mit der deutlich erstarkten AfD ausgeschlossen haben. Objektiv betrachtet, hat die Bevölkerung Deutschlands sich mehrheitlich gegen ihre sozialen Interessen, für Aufrüstung und für eine vermeintlich schnelle Lösung des Migrationsproblems gestimmt.

Am Samstag vor der Wahl hatte Kandidat Merz erklärt, er wolle „wieder Politik für die Mehrheit der Bevölkerung“ machen, die gerade denke und „alle Tassen im Schrank“ habe, und nicht „für irgendwelche grünen und linken Spinner auf dieser Welt“. Dies habe sich an „die Antifa“ gerichtet, die ihn immer wieder diffamiere und gar als „Faschisten“ bezeichne, so Merz dann am Sonntag in der ARD. Am Montag verkündete er, er sei „fest entschlossen, mit den Sozialdemokraten konstruktive, gute, zügige Gespräche zu führen“.

Sicherlich wollten die Wähler nicht den Krieg wählen, allerdings stehen alle Zeichen auf Kriegsvorbereitung. Auf jeden Fall wird die Regierung weiter auf Aufrüstung setzen. Die Aufrüstung nach der Wahl war angekündigt. Im Wahlkampf redete zwar kaum jemand darüber, aber es war klar: Sie wird kommen. Beim Wettbewerb der Prozentzahlen bei Militärausgaben – zwei, 3,5 oder fünf Prozent – waren bis auf das BSW und DIE LINKE alle dabei. Sowohl CDU/CSU wie auch SPD plädieren für eine gewaltige Steigerung der Rüstungsausgaben, fraglich, ob dann die etwas vorsichtigeren Stimmen seitens des derzeitigen Bundeskanzlers noch gehört werden (Stichwort: Taurus).

Annalena Baerbock von den Grünen hatte sich verplappert und EU-Rüstungspläne, die erst nach der deutschen Wahl am 23. Februar veröffentlicht werden sollten, aufgedeckt. So erfuhren wir schon vor dem Wahltermin, was für die Zeit nach den Wahlen bereits geplant wird. Es soll um 700 Milliarden Euro gehen. Trump will vor allem Zugang zu den seltenen Erden in der Ukraine, woran aber auch die EU Interesse hat.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte auf der Münchner Sicherheitskonferenz die Nutzung einer Sonderregel im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) an, um Verteidigungsausgaben deutlich zu erhöhen.

So schnell wie möglich wollen die alten und künftigen Regierungsparteien die Schuldenbremse für die Finanzierung der angekündigten Hochrüstung lockern. Bündnis 90/Die Grünen schlugen am Montag nach der Wahl vor, dass das noch der alte Bundestag beschließt. Der Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Friedrich Merz, schloss das ebenso wie die Einrichtung eines Sondervermögens für die Ukraine-Hilfen nicht aus. Offenbar scheint man sich einig zu sein, wenn es um Aufrüstung geht. Irgendwie war diese Indiskretion, dass EU-Regierungsvertreter an einem Paket zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben arbeiten, Ausdruck einer Wählerverachtung, denn denen vermittelte man es kaum. Da wurden großartige Verbesserungen für die Wählerschaft in Aussicht gestellt, die je nach Partei zwischen 30 und 150 Milliarden erfordern würden. Im Hintergrund wurden schon



die Weichen gestellt. Mit riesigen Ausgabeprogrammen für Rüstung wird die Verwirklichung dieser Versprechen völlig unmöglich gemacht.

Alle Versprechen, dass nun alles besser wird, die marode Infrastruktur, die Ausstattung der Schulen, der Klimaschutz, die Pflege, die Finanzierung der Kommunen usw. – all diese Versprechen waren schon Makulatur, bevor die Wahlzettel ausgezählt waren.

Während die Gewerkschaften und andere Experten 600 Milliarden Euro als notwendigen Investitionsbedarf ermittelt haben, planen die Regierungen offenbar 700 Milliarden durchs Kanonenrohr zu blasen.

Offenbar sind wir mit diesen Wahlen an dem Punkt angekommen, an dem mit Sozialabbau verbundene Aufrüstung konkret angekündigt ist. Rechtsentwicklung geht stets mit Militarisation und Repression nach innen einher. Die Angriffe auf den Sozialstaat werden zunehmen.

Merz-CDU und Pistorius-SPD werden wohl einen Durchmarsch in der Hochrüstungspolitik starten. Gesamtwirtschaftlich dürfte sich die Rezession fortsetzen und die AfD als größte Oppositionspartei wird davon profitieren. Der militärpolitische Zeitenwende wird zwangsläufig die sozialpolitische Zeitenwende folgen. Wie lange die kommende Koalition hält, ist ungewiss. Die Widersprüche werden sich dabei verschärfen. Die Aufgabe von uns Gewerkschaften wird sein, diese Zusammenhänge deutlich zu benennen und uns dieser Politik entgegenzustellen. Wir abhängig Beschäftigte und Rentner stehen vor tiefgreifenden Herausforderungen. Konkret geht es um die Frage, wer die Kosten für Aufrüstung Klimakatastrophe, Transformation und Digitalisierung bezahlen soll. Entschieden wird diese Frage im konkreten Kampf.

Unsere Goly bei „Bunt statt Braun“:

„Ich sehe einen Menschen, der Hilfe braucht“

Knapp 2.000 Menschen kamen am Tag vor der Bundestagswahl vor der Saarbrücker Congresshalle zusammen, um für Vielfalt und Demokratie zu demonstrieren. Aufgerufen hatte das Bündnis Bunt statt Braun, darunter auch ver.di. Eine der Rednerinnen war unsere Kollegin Goly vom Knappschaftskrankenhaus in Sulzbach.

Unter Kollegen und Freunden heißt sie einfach nur Goly, ihr korrekter iranischer Namen ist ein wenig kompliziert für unsere Zungen: Ahmaneh-Golnaz Abedian Kaskary. Die Kolleginnen aus der Entlassungsbewegung in den Krankenhäusern kennen sie schon länger, denn dort gehört sie zu den Aktiven, war Teamdelegierte und spielte beim „Pflegestreik



Saar“ eine große Rolle. Im Kreiskrankenhaus St. Ingbert organisierte sie für die ver.di und spielte am 5. Dezember in der Nacht auch schon mal den Nikolaus. Für ihre Aktivitäten erhielt die Gesundheits- und Krankenschwester 2020 von ver.di, der Peter-Imandt-Gesellschaft und der VVN-BdA die Marta-Drumm-Medaille. Goly arbeitet im Krankenhaus Sulzbach und ist Vertrauensfrau der ver.di und macht auch im Ortsverein Saarland mit. Am 22. Februar hielt sie vor der Congresshalle eine kleine Rede, die wir hier dokumentieren:



„Guten Tag liebe Freundinnen und Freunde!

Heute stehe ich hier als Krankenschwester, aber vor allem als Mensch, als Jemand der hilft, heilt und begleitet. Unabhängig davon, wo jemand herkommt, welche Sprache er spricht, welche Hautfarbe er hat. Wenn ein Mensch krank ist, fragt Krankheit nicht nach dem Pass. Schmerzen haben keine Nationalität. Angst, Hoffnung und Freude sind Gefühle, die wir alle teilen.

Wenn ein Kind weint, tröstet man es. Wenn ein Mensch Hilfe braucht, gibt man sie. Das ist für mich Menschlichkeit.

Trotzdem sehen wir wie Menschen ausgegrenzt werden, weil sie anders aussehen, eine andere Hautfarbe haben, eine andere Sprache sprechen oder nur einen fremden Namen haben.

Ich selbst stamme aus dem Iran. Ich kenne die Blicke,



als ob ich nicht länger hierher gehören würde. Doch die Wahrheit ist, Heimat ist kein Geburtsort. Heimat ist wo man lebt, liebt, respektiert wird und sich wohl fühlt.

Ich arbeite hier, bezahle meine Steuern hier. Ich pflege und helfe hier mit Leidenschaft den Menschen. Das werde ich weiterhin tun.

Trotzdem gibt es Stimmen, die uns das Recht absprechen wollen, dazugehören. Aber, lasst es mich klar sagen: wir lassen uns nicht spalten!

Egal, wo jemand herkommt, wir sind alle Menschen mit Würde, mit Träumen und Hoffnungen. Das ist die Gesellschaft, die ich habe kennen und lieben lernen dürfen. Ich kämpfe für eine Gesellschaft, die sich nicht von Hass, sondern von Menschlichkeit leiten lässt. Lasst uns zusammen halten und laut „Nein zu Rassismus“ sagen. Lässt uns jeden Tag zeigen: Bunt ist stärker als Braun. Danke“



Bürgerversicherung kann Kostenexplosion stoppen

Ein Gutachten des Gesundheitsökonomen Prof. Dr. Heinz Rothgang zeigt Lösungen auf, wie die Leistungsfähigkeit und die Finanzierung der Pflegeversicherung nachhaltig gewährleistet werden kann.

Das Gutachten wurde von einem breiten Bündnis, an dem auch ver.di beteiligt ist, in Auftrag gegeben. Die Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege kann eine notwendige Ausweitung der Pflegeleistungen hin zu einer vollständigen Übernahme aller pflegebedingten Kosten finanzieren. Das belegen aktuelle Zahlen des Gesundheitsökonomen Prof. Dr. Rothgang.

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Professor für Gesundheitsökonomie und Versorgungsforschung an der Universität Bremen: „Unser Gutachten zeigt, dass eine Vollversicherung - auch langfristig - im Rahmen der Sozialversicherung finanzierbar ist, ohne den Beitragssatz wesentlich erhöhen zu müssen, wenn die Pflegeversicherung gleichzeitig zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt wird, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten beitragspflichtig sind.“

Dr. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes: „Jetzt haben wir schwarz auf weiß, wie wir die Pflegeversicherung aus der Krise holen und die Explosion der Pflegekosten für Betroffene stoppen. Die solidarische Pflegevollversicherung gehört ganz oben auf die To-do-Liste einer neuen Bundesregierung. Laut einer Forsa-Umfrage zur Bundestagswahl 2025 sehen die Menschen in Deutschland den Bereich Gesundheit und Pflege als wichtigstes politisches Handlungsfeld.“

Sylvia Bühler, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand: „Pflegebedürftige Menschen erwarten zu Recht, gut gepflegt zu werden. Um qualifizierte Pflegekräfte zu gewinnen und zu halten, braucht es gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Das hat seinen Preis. Damit sich alle eine gute Pflege leisten können, muss die nächste Bundesregierung die Pflegeversicherung gerecht aufstellen. Die Menschen im Land wollen eine solidarische Absicherung der Lebensrisiken, das zeigt der Sozialstaatsradar 2025.“

Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschatzbundes: „Im Pflegefall kommt der einzelne Betroffene schnell an absolute finanzielle Grenzen. In unserem Sozialstaat sollten die Menschen darauf vertrauen können, dass eine solidarische Versicherung, die das Wort 'Pflege' im Namen trägt, das reine Pflegerisiko auch voll abdeckt. Sozialhilfe ist kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen.“

Das Gutachten beleuchtet die finanziellen Auswirkungen eines Umbaus der Pflegeversicherung hin zu einer Vollversicherung in Form einer Bürgerversicherung. Die Mehrausgaben einer umfassenden Absicherung von Pflegebedürftigen durch eine Vollversicherung könnten demnach durch die Einführung einer Bürgerversicherung nahezu ausgeglichen werden. Kostensenkend wirkt sich dabei aus, dass privat Versicherte und weitere Einkommen einbezogen sowie die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden würde.

Eine Vollversicherung, die alle Pflegekosten abdeckt, würde als Bürgerversicherung für die meisten monatlich nicht einmal 5 € mehr kosten.

Konkret hieße das für Versicherte mit einem Einkommen bis zur derzeitigen Beitragsbemessungsgrenze monatliche Mehrkosten von weniger als 5 Euro.

Dem stünde die vollständige Übernahme der pflegebedingten Kosten im Pflegefall gegenüber. Derzeit müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2.970 Euro pro Monat selbst aufbringen. Davon entfallen allein auf die pflegerische Versorgung rund 1.490 Euro, der Rest setzt sich zusammen aus Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten. Mehr als ein Drittel aller Pflegebedürftigen

in Heimen ist auf Sozialhilfe angewiesen, Tendenz steigend. Pflegebedürftige sind besonders stark von Armut bedroht, denn sie können mit ihren durchschnittlichen Alterseinkünften diese finanzielle Belastung nicht schultern.

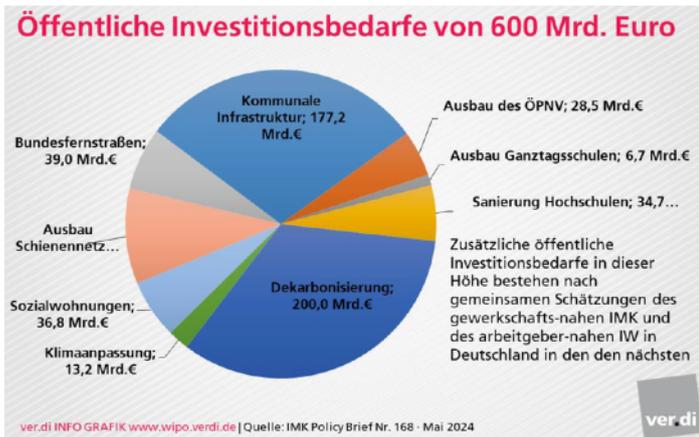
In Auftrag gegeben wurde das Gutachten vom Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung. Dem Bündnis gehören an: Der Paritätischer Gesamtverband, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB), der Deutsche Frauenrat, der BIVA-Pflegeschatzbund, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Volkssolidarität, die Arbeiterwohlfahrt AWO und die IG Metall.

Vor dem Hintergrund der enormen und weiter steigenden finanziellen Belastungen Pflegebedürftiger setzt sich das Bündnis für eine Reform der Pflegeversicherung ein. Das Gutachten sowie weitere Informationen zu den Forderungen des Bündnisses sind hier abrufbar: www.solidarische-pflegevollversicherung.de

600 Mrd. sind nötig

Wo kommt die Kohle her?

Mindestens 600 Milliarden Euro: So hoch ist der Investitionsbedarf von Bund, Ländern und Kommunen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Doch die öffentlichen Finanzen reichen nicht aus, um diese Summe zu decken. Wie soll das funktionieren, wenn man beabsichtigt, jede zweiten Euro des Bundeshaushaltes für Aufrüstung auszugeben (Forderung 5 % BIB für Rüstung)?



Dazu kommt der Irrsinn mit der Schuldenbremse. Die Schuldenbremse verhindert aktuell die Finanzierung notwendiger Investitionen über Kredite. Denn die Schuldenbremse soll die Staatsverschuldung begrenzen. Deshalb fordert ver.di, die derzeitigen Schuldenregeln zu überwinden und durch „Goldene Regeln“ zu ersetzen, die eine Kreditfinanzierung für öffentliche Projekte erlauben.

Die Finanzierung des Gemeinwesens muss gerechter gestaltet werden. Vermögende sollen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen. Daher fordert ver.di die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen, um normale Familien zu entlasten. Eine Reform der Erbschaftssteuer mit hohen Freibeträgen für selbst genutztes Wohneigentum ist ebenfalls notwendig. Außerdem muss die Besteuerung von Kapitalerträgen, wie Zinsen und Dividenden, auf Einkommenssteuer-Niveau erfolgen.

Unternehmen müssen ihre Verantwortung für die Finanzierung des Gemeinwesens wahrnehmen und mit ihren Steuern einen Beitrag zu guten Schulen, Kitas, Krankenhäusern oder ordentlichen Straßen leisten. Dafür brauchen wir eine starke globale Mindestbesteuerung international tätiger Konzerne und konsequente Maßnahmen gegen die Tricks und Kniffe, mit denen große Konzerne die Zahlung von Steuern vermeiden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeinde-Wirtschaftssteuer ausgebaut werden, die auch freie Berufe einbezieht. Um die Finanzmärkte gerechter zu gestalten, ist die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Wertpapieren, Währungen und Derivaten notwendig.

Um Steuerflucht und Steuervermeidung effektiv zu bekämpfen, müssen Maßnahmen auf EU-Ebene verstärkt werden. Dazu zählt eine Verbesserung des Steuervollzugs und die Ausstattung der Finanzverwaltungen mit mehr Personal.

Mach Dich stark

Empfang im Saarrondo

Seit ein paar Jahren veranstaltet der DGB jährlich seinen Frühlingsempfang anstatt einen klassischen Neujahrsempfang. So auch dieses Jahr. Diesmal geben sich Regionsgeschäftsführerin Fabienne Wolfanger, der stellv. Vorsitzende Timo Ahr und die Ministerpräsidentin Anke Rehlinger am Montag, 17. März ab 17 Uhr die Ehre und laden ins Saarrondo in der Europaallee 4A in Saarbrücken ein.

DER DGB LÄDT EIN ZUM FRÜHLINGSEMPFANG 2025

MONTAG, 17. MÄRZ 2025
EINLASS: 16:30 UHR
BEGINN: 17:00 UHR

SAARRONDO
EUROPAALLEE 4A
66113 SAARBRÜCKEN

MACH DICH STARK MIT UNS

Nach der Bundestagswahl ginge es darum, die Frage „Wie weiter?“ zu beantworten, heißt es in der Einladung.

2025 würde ein Jahr der Weichenstellungen - von der Arbeitswelt, Transformation der Wirtschaft über soziale Gerechtigkeit bis hin zur Klimafrage.

Man wolle den Empfang für den gemeinsamen Austausch nutzen.

Und noch etwas: Für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt.

Der DGB bittet um Anmeldung:

<https://kurzlinks.de/dgbempfang25> - 0681 40001-0



Diesen Rundbrief kannst auch Du abonnieren!

Bestellen oder abbestellen ohne Probleme.

Mail an: michael@Quetting.de genügt



Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saarland. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken
<https://saar-trier.verdi.de/>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: ver.di, Michael Quetting Der Rundbrief erscheint als pdf